

Statistisches Bundesamt

Heft 4

Informationen über die Bundesstatistik

aus den Bereichen

- Rechtspflege
- Bildung
- Kultur
- Gesundheitswesen
- Sozialleistungen
- Finanzen
- Steuern

Vorwort

Die Veröffentlichung „Informationen über die Bundesstatistik“ wendet sich an alle Personen und Institutionen, die an Ergebnissen der amtlichen Statistik interessiert sind und denen häufig Zahlen begegnen, über deren Bedeutung, Entstehung, Nutzen und Verbreitung sie gerne mehr wissen möchten. Sie soll insbesondere dem Statistiknutzer ohne spezielle Vorkenntnisse in Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft, Schulen und Medien, aber auch anderen interessierten Bürgern, einen knappen Überblick über die Bundesstatistiken geben, für die das Statistische Bundesamt zuständig ist.

Wichtige Statistiken sind in dieser Veröffentlichung zu Statistikbereichen zusammengefaßt und nach einem einheitlichen Schema kurz beschrieben: Zunächst wird auf die wichtigsten Ziele und Verwendungszwecke der betreffenden Statistiken eingegangen. Dann wird der Statistikbereich abgegrenzt. In einem dritten Abschnitt wird dargestellt, was und wie erhoben wird. Anschließend wird aufgezeigt, warum bzw. wofür die Statistiken durchgeführt werden. Schließlich sind die Rechtsgrundlagen und das jeweilige Informationsangebot aufgeführt, ergänzt um die Telefonnummern der Stellen, die im Statistischen Bundesamt Auskunft geben können. Allgemeine Querschnittsveröffentlichungen wie das Statistische Jahrbuch oder der Datenreport, in denen Ergebnisse aller Statistikbereiche enthalten sind, werden i.d.R. nur dann aufgeführt, wenn sie die einzige Informationsquelle darstellen.

Die Veröffentlichung „Informationen über die Bundesstatistik“ besteht aus vier Hefen (zum Inhalt der Hefte: siehe Umschlagrückseite). Ergänzend wird die Broschüre „Bundesstatistik – für wen und wofür?“ vom Statistischen Bundesamt angeboten. Sie informiert über Aufgaben, Ziele, Arbeitsweise und Organisation des Statistischen Bundesamtes sowie die Verbreitungswege statistischer Ergebnisse. Eine ausführliche Darstellung aller Bundesstatistiken bietet die Veröffentlichung „Katalog der Statistiken zum Arbeitsgebiet der Bundesstatistik“, die 1988 als Loseblattsammlung erschienen ist.

Rechtspflege

Die Rechtspflegestatistik hat die Aufgabe, über die Institutionen der Rechtspflege, die dort tätigen Personen und die Verbrechen, Vergehen, Rechtsfälle sowie verurteilten Personen zu informieren.

Wie ist der Bereich abgegrenzt?

Zur Rechtspflege gehören die Gerichte als Institutionen und die Tätigkeit der Gerichte, die Vollstreckung dessen, was für Recht befunden wurde und damit zusammenhängende Tatbestände wie Bewährung. Im weiteren Sinne wird auch die Tatermittlung der Polizei als Teil der Rechtspflege gesehen.

Um diese einzelnen Sachbereiche der Rechtspflege erfassen zu können, gibt es fünf Statistiken: die *Statistiken über Gerichte* (Statistiken der Zivil- und Strafgerichte, Statistiken der besonderen Gerichte), die *Strafverfolgungsstatistik*, die *Strafvollzugsstatistik*, die *Bewährungshilfestatistik* und die *Polizeiliche Kriminalstatistik*.

Darüber hinaus wird beim Bundesministerium der Justiz eine Auslieferungsstatistik geführt, deren Ergebnisse jährlich in der Fachserie 10 des Statistischen Bundesamtes auszugsweise veröffentlicht werden. Über die Ausgaben von Bund und Ländern für Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften, für Justizvollzugsanstalten und für den Rechtsschutz allgemein informiert die Statistik der öffentlichen Finanzen (vgl. S. 25).

Was und wie wird erhoben?

Bei den *Statistiken der Zivil- und Strafgerichte* werden Amtsgerichte, Landgerichte, Oberlandesgerichte und der Bundesgerichtshof befragt. Dabei geht es um folgende Tatbestände: Gerichte sowie Zivil- und Strafkammern bzw. -senate; Personal der Gerichte und Staatsanwaltschaften; Geschäftsanfall und -erledigung der Zivilgerichte (mit besonderer Darstellung der Familiengerichte, jedoch ohne Freiwillige Gerichtsbarkeit) und der Strafgerichte nach Art, Gegenstand, Dauer, Streitwert usw. der Verfahren.

In der *Statistik der allgemeinen und der besonderen Verwaltungsgerichte* werden bei diesen selbst sowie bei den Finanzgerichten ebenfalls umfassende Angaben über Zahl der Gerichte und Richter und über die Geschäftsabwicklung erhoben und jährlich veröffentlicht. Demgegenüber werden über die Tätigkeit der Sozialgerichte – auch sie zählen zu den besonderen Verwaltungsgerichten – und der Arbeitsgerichte, die Teil der Zivilgerichtsbarkeit sind, Daten vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung zusammengestellt; sie werden vom Statistischen Bundesamt nur auszugsweise veröffentlicht.

Bei der *Strafverfolgungsstatistik* geben die Strafvollstreckungsbehörden Auskunft über folgende Merkmale: Abgeurteilte (Verurteilte und Personen, gegen die andere Entscheidungen getroffen werden, z.B. Freispruch) und verurteilte Personen nach Geschlecht, Straftat, Art der Entscheidung, angeordneten Maßregeln der Besserung und Sicherung; Personen mit Untersuchungshaft nach dem Grund und der Dauer; Verurteilte außerdem nach dem Alter zur Zeit der Tat, dem angewandten Strafrecht, Vorstrafen, Art und Höhe der erkannten Strafen sowie der bei Verurteilung nach Jugendstrafrecht angeordneten Maßnahmen.

Die *Strafvollzugsstatistik* beruht auf Erhebungen bei den Justizvollzugsanstalten und Verwahranstalten. Sie gibt Auskunft über die Justizvollzugsanstalten, deren Belegungsfähigkeit und tatsächliche Belegung an einem Stichtag sowie die Zu- und Abgänge während des Berichtsjahres. Persönliche (Alter, Familienstand) und kriminologische Merkmale (Straftat, Art und Höhe der Strafe, Vorstrafen) werden nur für die Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten am Stichtag (31.3.) festgestellt.

In der *Bewährungshilfestatistik* werden die hauptamtlichen Bewährungshelfer und die ihnen übertragenen Unterstellungen unter Bewährungsaufsicht gezählt. Hierbei handelt es sich um Fälle, bei denen dem Straffälligen entweder im Urteil Strafaussetzung oder nach Verbüßung eines Teils der erkannten Freiheits- bzw. Jugendstrafe vorzeitige Entlassung gewährt worden ist.

Die bekanntgewordenen und die aufgeklärten Straftaten sowie die polizeilich ermittelten Tatverdächtigen werden in der *Polizeilichen Kriminalstatistik* des Bundeskriminalamtes erfaßt. Diese Statistik weist jährlich alle Verbrechen und Vergehen mit Ausnahme der Staatsschutzdelikte und der Vergehen im Straßenverkehr nach.

Warum bzw. wofür wird erhoben?

Die Rechtspflegestatistik hat die Aufgabe, über die Institutionen der Rechtspflege, die dort tätigen Personen und die Verbrechen, Vergehen, Rechtsfälle und verurteilten Personen zu informieren. Sie macht damit das Rechtswesen transparent. Darüber hinaus gibt sie einen Überblick über das von den Rechtsnormen abweichende Verhalten in unserer Gesellschaft und die juristischen Konsequenzen daraus.

Ihre Ergebnisse ermöglichen Effizienzaussagen und Erfolgskontrollen und stellen eine wichtige Grundlage dar für rechtspolitische Entscheidungen.



Welche Rechtsgrundlagen gibt es?

- Statistiken der Gerichte: Beschlüsse der Justizministerkonferenz zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse. Verwaltungsanordnungen der Länder.

- Strafverfolgungsstatistik: Koordinierungsvereinbarungen zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse. Verwaltungsanordnungen der Länder.
- Strafvollzugsstatistik: Beschluß der Justizministerkonferenz zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse. Verwaltungsanordnungen der Länder.
- Bewährungshilfestatistik: Beschluß der Justizministerkonferenz zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse. Verwaltungsanordnungen der Länder.
- Polizeiliche Kriminalstatistik: Gesetz über die Einrichtung eines Bundeskriminalpolizeiamtes (Bundeskriminalamt) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Juni 1973 (BGBl. I S. 701), zuletzt geändert durch Gesetz vom 9. Dezember 1974 (BGBl. I S. 3393).



Wo wird veröffentlicht?

- Fachserie 10: Rechtspflege, Erscheinungsfolge: jährlich,
Reihe 1 Ausgewählte Zahlen für die Rechtspflege.
Diese Veröffentlichung bietet eine Auswahl der wichtigsten Ergebnisse aller Rechtspflegestatistiken, die sachlich tiefer gegliedert in den Reihen 2 bis 5 nachgewiesen werden. Die zusammenfassenden Übersichten enthalten ausgewählte Angaben über Organisation, Personal und Geschäftsanfall im Gerichtswesen, die polizeiliche Tatermittlung (Straftaten und Tatverdächtige), die gerichtliche Strafverfolgung (Verurteilte, Entwicklung der Straffälligkeit, Anteil der Straftaten nach Hauptdeliktgruppen), den Strafvollzug (Justizvollzugsanstalten, Strafgefangene und Sicherungsverwahrte) und die Bewährungshilfe, die durch entsprechende Bezugszahlen über die strafmündige Bevölkerung abgerundet sind.
Reihe 2 Zivilgerichte und Strafgerichte,
Reihe 3 Strafverfolgung,
Reihe 4 Strafvollzug,
Reihe 5 Bewährungshilfe.
- Strukturdaten über Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland, 1983 (verurteilte Ausländer).
- Die Situation der Jugend in der Bundesrepublik Deutschland, 1985 (Straffälligkeit bei Jugendlichen).



Bildschirmtext: *48484518 #



Wo kann man Auskünfte erhalten?

Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

☎ 0 61 21/75-24 46

Bildung

Die Bildungsstatistik, die am Aufbau des Bildungswesens orientiert ist, stellt hauptsächlich Angaben zum Schul- und Hochschulbereich sowie zur Berufsbildung zur Verfügung.

Wie ist der Bereich abgegrenzt?

Das Bildungswesen der Bundesrepublik Deutschland umfaßt:

- die allgemeinbildenden Schulen (Vorklassen, Schulkindergärten, Grundschulen, schulartunabhängige Orientierungsstufe, Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien, integrierte Gesamtschulen, Freie Waldorfschulen, Sonderschulen, Abendhauptschulen, Abendrealschulen, Abendgymnasien, Kollegs),
- die beruflichen Schulen (Berufsschulen einschl. Berufssonderschulen, Berufsvorbereitungsjahr, Berufsgrundbildungsjahr, Berufsaufbauschulen, Berufsfachschulen, Fachoberschulen, Berufsoberschulen/Technische Oberschulen, Fachgymnasien, Fachakademien/Berufsakademien, Kollegschulen) sowie die Schulen des Gesundheitswesens,
- die betriebliche Berufsausbildung,
- die Hochschulen (Universitäten, pädagogische und theologische Hochschulen, Gesamthochschulen, Kunsthochschulen, Fachhochschulen sowie Verwaltungsfachhochschulen),
- die Weiterbildung (allgemeine und berufliche Weiterbildung in vielfältiger Trägerschaft).

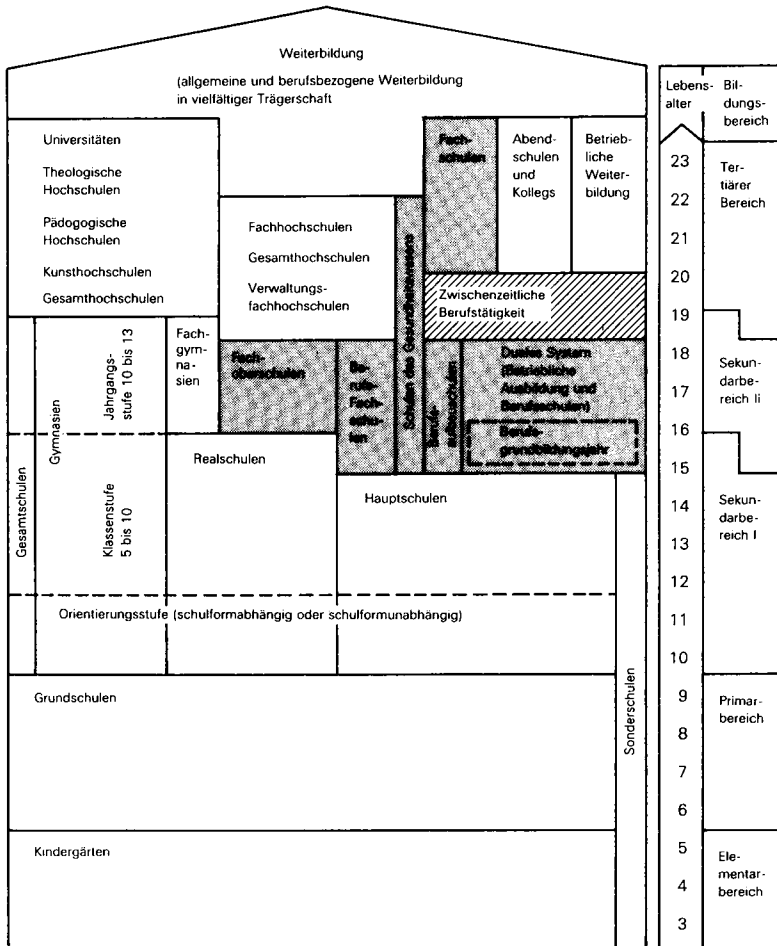
Einen stark vereinfachten Überblick über die Struktur des Bildungswesens gibt die Grafik auf der nächsten Seite.

Die Bildungsstatistik orientiert sich am Aufbau des Bildungswesens; sie ist untergliedert in die *Statistik der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen*, die *Berufsbildungsstatistik*, die *Hochschulstatistik* und die *Statistik der Weiterbildung*. Außerdem werden die *Bildungsausgaben und -einnahmen* erfaßt.

Die Statistik der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen, die Berufsbildungsstatistik und die Hochschulstatistik vermitteln in erster Linie Erkenntnisse über die Schüler, Auszubildenden und Studenten, über die von ihnen abgelegten Prüfungen sowie über die eingesetzten Lehrkräfte. Eine der Schul- und Hochschulstatistik entsprechende Statistik der Weiterbildung, die die allgemeine und berufsbezogene Weiterbildung einbezieht, besteht derzeit auf Bundesebene noch nicht. Im Rahmen des Mikrozensus werden jedoch regelmäßig auch Angaben über die Teilnahme der Bevölkerung an der beruflichen Weiterbildung erfragt.

Über die Bildungsausgaben und -einnahmen der öffentlichen Haushalte unterrichtet die Finanzstatistik (vgl. Seite 25), über die Ausgaben und Einnahmen der staatlichen und privaten Hochschulen die Hochschulfinanzstatistik. Die Statistik der Aus-

**Abb. 1: Grundstruktur des Bildungswesens
in der Bundesrepublik Deutschland 1986**



• Schematische Darstellung der typischen Struktur des Bildungssystems der Bundesrepublik Deutschland. In den einzelnen Bundesländern bestehen Abweichungen.

bildungsförderung liefert Angaben über die finanzielle Förderung von Schülern und Studenten aus Familien mit geringem Einkommen.

Daten zur Bildung werden nicht nur durch die Bildungsstatistik im engeren Sinne, sondern u.a. auch im Rahmen der Volkszählung und des Mikrozensus erfaßt. Beide Erhebungen liefern Angaben zum Bildungsstand der Bevölkerung.

Was und wie wird erhoben?

In der *Statistik der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen* werden jährlich die Schulen, Klassen, Schüler, Schulabgänger und Lehrer in der Untergliederung nach öffentlichen und privaten Schulen sowie nach Schularten erfaßt. Die Angaben werden jährlich von Schulen an die amtliche Statistik geliefert, teilweise sind die Kultusministerien der Länder zwischengeschaltet.

Die *Berufsbildungsstatistik* berichtet jährlich über die Auszubildenden, Prüfungsteilnehmer, Ausbilder und Ausbildungsberater in der betrieblichen Berufsausbildung. Die Daten beruhen auf den Meldungen der berufsständischen Kammern und der sonstigen für die Berufsausbildung zuständigen Stellen zu dieser Bundesstatistik.

Die *Hochschulstatistik* besteht aus sechs Teilstatistiken:

- Die Statistik der Studien- und Berufswünsche (Abiturientenbefragung) wird als Teil der Hochschulzugangsstatistik jährlich durchgeführt. Dabei werden die Schüler in den Abschlußklassen, die zur Hochschulreife führen, über ihre Studienabsichten in fachlicher und regionaler Hinsicht bzw. über ihre Berufswünsche befragt.
- In der Studentenstatistik werden die Studenten halbjährlich (semesterweise) in der Aufgliederung nach Hochschularten, Hochschulen sowie differenziert nach Semestern, Studienfächern, angestrebter Abschlußprüfung und einigen anderen Merkmalen erfaßt.
- Angaben über Prüfungen, die eine Hochschulausbildung abschließen, werden durch zwei getrennt voneinander durchgeführte, sich aber ergänzende statistische Erhebungen gewonnen. Die Meldungen der Prüfungsämter (Kollektivstatistik) liefern Ergebnisse über abgelegte - bestandene und nichtbestandene - Prüfungen in der Gliederung nach Studiengängen. Die Befragung der Prüfungskandidaten (Individualstatistik) erbringt zusätzliche Angaben über das Alter, die Staatsangehörigkeit, die Studiendauer und den Studienerfolg.
- Die jährliche Erfassung des wissenschaftlichen, künstlerischen, technischen, Verwaltungs- und sonstigen Personals erfolgt durch Befragung der Hochschulverwaltungen. Dabei wird das Hochschulpersonal insbesondere nach Hochschulart, dienstrechtlicher Stellung sowie Lehr- und Forschungsbereich nachgewiesen. Darüber hinaus wird in sechsjährigem Abstand das wissenschaftliche und künstlerische Personal über die berufliche und wissenschaftliche Lauf-

bahn und den fachlichen Schwerpunkt der Tätigkeit direkt befragt.

- Für die Statistik des Raumbestandes melden die Hochschulverwaltungen der amtlichen Statistik jährlich Gebäude und Räume der Hochschulen nach Größe, Ausstattung und Nutzung.
- Im Rahmen der Hochschulfinanzstatistik berichten die Hochschulverwaltungen jährlich der amtlichen Statistik über die Ausgaben und Einnahmen in der Aufteilung nach Lehr- und Forschungsbereichen sowie Ausgabe- und Einnahmearten.

In der *Statistik der Ausbildungsförderung* nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz werden jährlich Angaben zum sozialen und finanziellen Hintergrund der Geförderten, ihrer Ehegatten und Eltern sowie die Höhe und Zusammensetzung des finanziellen Bedarfs der Geförderten und der errechneten Förderungsbeträge dargestellt. Die Angaben werden der amtlichen Statistik von den mit der Berechnung der Förderungsbeträge beauftragten Landesrechenzentren als Auszug aus deren Eingabedaten und Rechenergebnissen zur Verfügung gestellt.

Warum bzw. wofür wird erhoben?

Die regionale *Schulstatistik* dient den Zwecken des einzelnen Landes, insbesondere der Schulverwaltung und -aufsicht sowie der regionalen Bildungspolitik und -planung. Die überregionale Schulstatistik orientiert sich an den Koordinierungs- und Planungsaufgaben der im Bildungswesen tätigen Institutionen des Bundes und der Länder (Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder, Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung).

Die Daten zur *Berufsbildungsstatistik* finden für Zwecke der Planung und Ordnung der Berufsbildung im Rahmen der jeweiligen Zuständigkeiten Verwendung. Durch die Berufsbildungsplanung werden Grundlagen für eine abgestimmte und den technischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Anforderungen entsprechende Entwicklung der beruflichen Bildung geschaffen.

Die Ergebnisse der *Hochschulstatistik* werden für Zwecke der Planung in Bund, Ländern und Hochschulen im Rahmen der jeweiligen Zuständigkeiten benötigt. Darüber hinaus wirkt der Bund beim Ausbau und Neubau von Hochschulen mit.

Nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz sind die gesetzlichen Förderungsbestimmungen – insbesondere über Bedarfssätze und Freibeträge – alle zwei Jahre zu überprüfen und ggf. neu festzusetzen. Die Bundesregierung hat hierüber dem Deutschen Bundestag zu berichten; die Grundlage dieses Berichts bildet die *Statistik der Ausbildungsförderung*.



Welche Rechtsgrundlagen gibt es?

- Anordnungen der Länder und Koordinierungsvereinbarungen zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse für die Statistik der allgemeinbildenden Schulen und die Statistik der beruflichen Schulen.
- Gesetz zur Förderung der Berufsbildung durch Planung und Forschung (Berufsbildungsförderungsgesetz - BerBiFG) vom 23. Dezember 1981 (BGBl. I S. 1692) für die Berufsbildungsstatistik.
- Gesetz über eine Bundesstatistik für das Hochschulwesen (Hochschulstatistikgesetz - HStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. April 1980 (BGBl. I S. 453) für die Hochschulstatistik.
- § 55 des Bundesgesetzes über individuelle Förderung der Ausbildung (Bundesausbildungsförderungsgesetz - BAföG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Juni 1983 (BGBl. I S. 645, 1680) für die Statistik der Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz.



Wo wird veröffentlicht?

- Fachserie 11 Bildung und Kultur,
Reihe 1 Allgemeinbildende Schulen,
Reihe 2 Berufliche Schulen,
Reihe 3 Berufliche Bildung,
Reihe 4 Hochschulen,
Reihe 7 Ausbildungsförderung, nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG);
Erscheinungsfolge: jährlich, teilweise halbjährlich.
- Fachserie 14: Finanzen und Steuern,
Reihe 3.4 Rechnungsergebnisse der öffentlichen Haushalte für Bildung, Wissenschaft und Kultur,
Erscheinungsfolge: jährlich.
- Bildung im Zahlenspiegel,
Erscheinungsfolge: jährlich.
- Grund- und Strukturdaten (Hrsg.: Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft),
Erscheinungsfolge: jährlich.

- Faltblatt „Vor dem Start ins Berufsleben“, Erscheinungsfolge: jährlich.
- Bevölkerungsstruktur und Wirtschaftskraft der Bundesländer, Erscheinungsfolge: jährlich.
- Frauen in Familie, Beruf und Gesellschaft, 1987.
- Im Blickpunkt: Der Mensch, 1985.
- Die Situation der Kinder in der Bundesrepublik Deutschland, 1979.
- Zur Situation der Jugend in der Bundesrepublik Deutschland, 1985.
- Strukturdaten über Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland, 1983.
- Zur Situation der Behinderten in der Bundesrepublik Deutschland, 1981.
- Von den zwanziger zu den achtziger Jahren, 1987.



Bildschirmtext: *48484513 #



Wo kann man Auskünfte erhalten?

Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

- ☎ 0 61 21/75-23 40 (Schulen)
- ☎ 0 61 21/75-28 34 (Berufsbildung)
- ☎ 0 61 21/75-27 38 (Hochschulen)
- ☎ 0 61 21/75-24 53 (Ausbildungsförderung)
- ☎ 0 61 21/75-25 81 (Ausgaben für Bildung)
- ☎ 0 61 21/75-22 30 (Volkszählung)
- ☎ 0 61 21/75-24 00 (Mikrozensus)

Kultur

Im Mittelpunkt der amtlichen Kulturstatistik steht die Pressestatistik. Diese verfolgt das Ziel, zuverlässige Unterlagen über die Lage der Presse in der Bundesrepublik Deutschland bereitzustellen.

Wie ist der Bereich abgegrenzt?

Der Kultur werden im allgemeinen folgende Bereiche zugeordnet:

- Film,
- Hörfunk/Fernsehen,
- Buchverlage/Buchhandel/Bibliotheken,
- Presse,
- Theater und Orchester,

- Museen, Archive,
- Bildende Kunst/Design,
- Musik.

Im Rahmen der amtlichen Statistik werden *Erhebungen bei Presseunternehmen* durchgeführt (die Filmstatistik wurde mit dem Berichtsjahr 1983 eingestellt). Weiterhin unterrichtet die Finanzstatistik über die *Kulturausgaben und -einnahmen* der öffentlichen Haushalte (vgl. Seite 25).

Die Aktivitäten in den anderen Kulturbereichen werden von den Gemeinden sowie von Institutionen außerhalb der amtlichen Statistik ermittelt; die Daten werden in zusammenfassende Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes übernommen. Hierzu gehören u.a.

- die Filmstatistik der Spitzenorganisation der Filmwirtschaft (SPIO),
- die Statistik der öffentlichen Rundfunkanstalten (ARD und ZDF),
- die statistischen Angaben des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels über die Buchproduktion,
- die Bibliotheksstatistik des Deutschen Bibliotheksinstituts,
- die Theaterstatistik des Deutschen Städtetages,
- die Museumsstatistik des Instituts für Museumskunde der Staatlichen Museen Preußischer Kulturbesitz,
- die statistischen Angaben des Verbandes Deutscher Musikschulen und des Deutschen Sängerbundes.

Was und wie wird erhoben?

Im Bereich der amtlichen Statistik werden im Rahmen der *Pressestatistik* jährlich für alle Unternehmen, die Zeitungen oder Zeitschriften verlegen, statistische Angaben über Beschäftigte, Umsatz, ausgewählte Kosten sowie über verlegte Objekte ermittelt. In Ergänzung zu den jährlichen Erhebungen, bei denen nur die wichtigsten Kostenpositionen erfragt werden, finden im Zweijahresturnus Kostenstrukturerhebungen im Pressewesen statt, die ein Bild des gesamten Kostengefüges vermitteln. Die Pressestatistik ist eine zentrale Bundesstatistik, d.h. die Daten gelangen direkt von den befragten Unternehmen zum Statistischen Bundesamt.

Warum bzw. wofür wird erhoben?

Die Pressestatistik verfolgt das Ziel, zuverlässige Unterlagen über die Lage der Presse in der Bundesrepublik Deutschland bereitzustellen. Dieses Material soll es ermöglichen, Entwicklungen, die die Freiheit der Presse bedrohen könnten, rechtzeitig zu erkennen und etwaigen Gefahren wirksam zu begegnen. Die Statistik soll insbesondere den zuständigen Behörden Entscheidungshilfen liefern, wenn zur Er-

haltung der Vielfalt des Informationsangebots wirtschaftliche Maßnahmen eingeleitet werden sollen.



Welche Rechtsgrundlagen gibt es?

- Gesetz über eine Pressestatistik vom 1. April 1975 (BGBl. I S. 777).
- Gesetz über Kostenstrukturstatistik (KoStrukStatG) vom 12. Mai 1959 (BGBl. I S. 245), geändert durch § 5 des Gesetzes über eine Pressestatistik vom 1. April 1975 (BGBl. I S. 777) und Gesetz vom 6. November 1975 (BGBl. I S. 2779).



Wo wird veröffentlicht?

- Fachserie 11: Bildung und Kultur, Reihe 5 Presse, Erscheinungsfolge: jährlich.
- Fachserie 14: Finanzen und Steuern, Reihe 3.4 Rechnungsergebnisse der öffentlichen Haushalte für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Erscheinungsfolge: jährlich.
- Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, Erscheinungsfolge: jährlich.
- Zahlenkompaß, Erscheinungsfolge: jährlich.
- Im Blickpunkt: Der Mensch, 1985.
- Datenreport, Erscheinungsfolge: 2jährlich.



Wo kann man Auskünfte erhalten?

Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

☎ 061 21/75-24 53 (Kultur)

☎ 061 21/75-25 81 (Ausgaben für Kultur).

Gesundheitswesen

Die Gesundheitsstatistik bietet Informationen über die gesundheitliche Situation und die medizinische Versorgung der Bevölkerung.

Wie ist der Bereich abgegrenzt?

Umfassende statistische Unterlagen über das Gesundheitswesen liegen nicht vor, jedoch gibt es eine Reihe von Statistiken, aus denen wichtige Beiträge zu diesem Themenbereich entnommen werden können. Grundsätzlich läßt sich zwischen Erhebungen, die über den Gesundheitszustand der Bevölkerung und Erhebungen, die über die medizinische Versorgung der Bevölkerung Auskunft geben, unterscheiden. Der ersten Gruppe werden die *Statistiken der meldepflichtigen Krankheiten* (Geschlechtskrankheiten, Tuberkulose, sonstige meldepflichtige Krankheiten) und die *Todesursachenstatistik* zugeordnet. Zur zweiten Gruppe rechnen die *Krankenhausstatistik* und die *Statistik der Berufe des Gesundheitswesens* sowie für einen eingeschränkten Personenkreis die *Statistik der Schwangerschaftsabbrüche*.

Daneben gibt es fachübergreifende Statistiken, aus denen gesundheitsrelevante Daten in die Veröffentlichungen über das Gesundheitswesen eingehen. Diese Statistiken werden in der Regel bei anderen Statistikbereichen dieser Broschüre beschrieben, so daß im folgenden nur die die Gesundheit betreffenden Angaben dargestellt werden.

Zusätzliche Informationen über die gesundheitliche Situation der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland stehen aus Mikrozensuserhebungen zur Verfügung. In diesen werden Fragen über Erkrankungen, Unfälle sowie über Vorsorge gegen Krankheiten und Krankheitsrisiken gestellt; seit 1986 kann die Art der Erkrankung nicht mehr erfragt werden. Der Vorzug der „Fragen zur Gesundheit“ besteht darin, daß eine Beziehung zu anderen im Mikrozensus erfaßten Sachverhalten wie Alter, Geschlecht und Familienstand sowie Berufstätigkeit hergestellt werden kann. Aus der Statistik der gesetzlichen Krankenversicherung werden Ergebnisse von Maßnahmen zur Früherkennung von Krankheiten für Erwachsene und Kinder sowie Arbeitsunfähigkeits- und Krankenhausfälle der Pflicht- bzw. Freiwilligen Mitglieder und Rentner nachgewiesen. Aus der Statistik der gesetzlichen Rentenversicherung stehen Angaben über die für die Pflichtversicherten wegen Berufs- und Erwerbsunfähigkeit bewilligten Renten (Rentenzugänge) nach Ursache der Krankheit oder Verletzung zur Verfügung. In der Statistik der gesetzlichen Unfallversicherung werden Angaben über versicherte Personen nachgewiesen, die durch einen Unfall getötet oder schwer verletzt wurden bzw. die an einer Berufskrankheit erkrankt sind (vgl. zu den drei zuletzt behandelten Statistiken den Abschnitt „Sozialleistungen“, S. 21).

Die Entwicklung der Ausgaben für Gesundheit (ab 1970) wird von der Finanzstati-

stik dargestellt. Es liegen die Ausgaben für Gesundheit vor, gegliedert nach Leistungsarten, Ausgabenträgern und Ausgabenarten. Außerdem werden Indikatoren für den Gesundheitsbereich gebildet, z.B. Anteil der Gesundheitsausgaben am Bruttosozialprodukt oder Preisindex für Waren der Gesundheitspflege.

Was und wie wird erhoben?

Zur *Statistik der meldepflichtigen Krankheiten* gehören die Tuberkulosestatistik, die Statistik der Geschlechtskrankheiten und die Statistik der sonstigen meldepflichtigen Krankheiten. In der Tuberkulosestatistik werden die Zugänge der an aktiver Tuberkulose Erkrankten, nach wichtigen Diagnosegruppen, dem Geschlecht und Alter des Erkrankten sowie nach Ausländereigenschaft gegliedert, nachgewiesen. In der Statistik der Geschlechtskrankheiten werden unter anderem folgende Tatbestände erfaßt: Erkrankte nach Geschlecht, Alter sowie Art der Erkrankung. Methodisch gesehen werden in der Statistik der meldepflichtigen Krankheiten die Meldungen statistisch ausgewertet, die nach dem Bundes-Seuchengesetz bei Erkrankungen an bestimmten übertragbaren Krankheiten von den Berichtspflichtigen an die Gesundheitsämter abzugeben sind. In der Regel berichten die behandelnden Ärzte an die zuständigen Gesundheitsämter, jeweils ohne Namensnennung der Patienten. Die bei den Gesundheitsämtern eingegangenen Meldungen werden jährlich bzw. bei den sonstigen meldepflichtigen Krankheiten auch vierteljährlich zu Bundesergebnissen zusammengefaßt.

Schwangerschaftsabbrüche, die aufgrund des § 218a StGB vorgenommen werden, sind an das Statistische Bundesamt zu melden. Die Erhebungstatbestände umfassen Angaben zur Person der Schwangeren (z.B. Alter, Familienstand) und zum Schwangerschaftsabbruch (z.B. Indikation, Dauer der abgebrochenen Schwangerschaft, Komplikationen). Der Name und die Anschrift der Schwangeren werden nicht erfaßt. Die Ergebnisse der Schwangerschaftsabbruchstatistik werden jährlich zusammengestellt und veröffentlicht.

Grundlage für die *Statistik der Todesursachen* sind die von den Ärzten ausgestellten Leichenschauscheinne sowie die von den Standesämtern ausgestellten Sterbefallzählkarten. In den Gesundheitsämtern sollen die Leichenschauscheinne hinsichtlich der Todesursache überprüft werden. Bei den Statistischen Ämtern der Länder werden Sterbefallzählkarten und Leichenschauscheinne zusammengeführt. Die Signierung der Todesursache auf der Sterbefallzählkarte erfolgt nach der Internationalen Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen. Dabei geht nur das sogenannte Grundleiden in die Statistik ein, d.h. jene Krankheit oder Verletzung, die den Ablauf der zum Tode führenden Krankheitszustände auslöste sowie die Umstände des Unfalls oder der Gewalteinwirkung, die den tödlichen Ausgang verursachten (unikausale Statistik). Die Säuglingssterbefälle werden nach ausgewählten Todesursachen gesondert nachgewiesen. Als Maß der Sterblichkeit wer-

den die Sterbefälle auf je 100 000 Lebende gleichen Alters und Geschlechts bezogen; diese Sterbeziffern sind damit vom jeweiligen Altersaufbau der Bevölkerung abhängig. Um bei einem Vergleich der Sterblichkeitsentwicklung über einen größeren Zeitraum hinweg die im Laufe der Jahre eingetretene Änderung im Altersaufbau der Bevölkerung auszuschalten, werden standardisierte Sterbeziffern berechnet, d.h. es wird die Alters- und Geschlechtsgliederung der Bevölkerung eines Basisjahres – in der amtlichen Statistik wegen der genaueren Angaben die eines Volkszählungsjahres, z.Zt. 1970 – auch für alle folgenden Jahre zugrunde gelegt.

In der *Statistik der Berufe des Gesundheitswesens* werden Angaben über Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker und sonstige im Gesundheitswesen tätige Personen nachgewiesen. Angaben über Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte und Apotheker sowie über die Anerkennung von Gebiets- und Teilgebietsbezeichnungen werden vom Statistischen Bundesamt von den für diese Berufe auf Bundesebene bestehenden Kammern bzw. Dachorganisationen zur Verfügung gestellt.

Angaben über das Personal der Gesundheitsämter sowie über die an Ärzte, Zahnärzte, Apotheker und Tierärzte erteilten Approbationen werden von den Gesundheitsämtern bzw. den obersten Gesundheitsbehörden oder den Regierungspräsidenten der Länder über die statistischen Ämter der Länder geliefert.

Als Datenbasis für Angaben über sonstige in Gesundheitsdienstberufen tätige Personen dienen sowohl der Mikrozensus, eine Stichprobenerhebung in Haushalten mit einem Auswahlatz von 1 %, in der ab 1985 in zweijährigen Abständen der Beruf des Befragten ermittelt wird, als auch die EG-Arbeitskräftestichprobe, die mit einem Auswahlatz von 0,4 % der Haushalte Angaben für die zwischen den Mikrozensusbefragungen liegenden Jahre liefert.

Der jährliche statistische Nachweis der *Krankenhäuser* umfaßt u.a. Angaben über die Art des Trägers (öffentliche, freie gemeinnützige und private Krankenhäuser) sowie über Zweckbestimmung, Betten, Krankenhauspersonal und Krankenbewegung (stationär behandelte Kranke, Pflegetage, Verweildauer).

Warum bzw. wofür wird erhoben?

Es ist notwendig, die meldepflichtigen Krankheiten sorgfältig zu beobachten, um eine Ausbreitung rechtzeitig zu erkennen und entsprechende Gegenmaßnahmen ergreifen zu können. Im längerfristigen Vergleich kann aufgrund der Statistik eine Erfolgskontrolle der Gesundheitspolitik erfolgen. In den Zahlen spiegeln sich die Erfolge bzw. Mißerfolge wider, die bei der Seuchenbekämpfung errungen werden konnten.

Die Ergebnisse der Schwangerschaftsabbruchstatistik sind hinsichtlich ihrer Größenordnung und Entwicklung wegen einer zahlenmäßig nicht bekannten Untererfassung mit Vorbehalt zu betrachten (Abbrüche im Ausland, nicht gemeldete Schwangerschaftsabbrüche). Es wird jedoch davon ausgegangen, daß die Ergeb-

nisse Strukturangaben, z.B. hinsichtlich der Begründung des Abbruchs und der Art des Eingriffs, liefern. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Beantwortung aktueller familien- und gesundheitspolitischer Fragestellungen und tragen außerdem dazu bei, emotionsgeladene Diskussionen, bei denen mit unrealistischen Zahlenangaben operiert wird, zu versachlichen.

Die Todesursachenstatistik liefert wichtige Informationen über die Bedeutung der einzelnen Todesursachen. Daraus können Aussagen über die Gesundheitssituation (z.B. Veränderungen der Lebenserwartung) abgeleitet werden. Wichtige Hinweise für den Standard in der medizinischen Versorgung geben Säuglings- und Müttersterblichkeitsziffern sowie die Sterbeziffern für mittlere und jüngere (Kinder) Altersgruppen nach ausgewählten Todesursachen.

Für die Behandlung der Krankheiten ist eine quantitativ ausreichende und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung besonders bedeutsam. Hierfür sind Informationen über die Berufstätigen im Gesundheitswesen und Angaben über die Ärztedichte (Einwohner je Arzt) notwendig. Daran können auch Bedarfsprognosen über Berufe im Gesundheitswesen und Planungen im Gesundheitsbereich anknüpfen.

Die Statistik der Krankenhäuser liefert Angaben über die medizinische Versorgung sowie wichtige Eckdaten zur Beurteilung der Kostenentwicklung im stationären Bereich.



Welche Rechtsgrundlagen gibt es?

- Artikel 1 des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vom 25. August 1969 (BGBl. I S. 1351), zuletzt geändert durch Artikel 11 des 2. Statistikbereinigungsgesetzes vom 19. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2555).
- § 5a des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten beim Menschen (Bundes-Seuchengesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Dezember 1979 (BGBl. I S. 2262), zuletzt geändert durch Artikel 10 des 2. Statistikbereinigungsgesetzes vom 19. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2555) für die Tuberkulosestatistik und die Statistik der sonstigen meldepflichtigen Krankheiten.
- Artikel 4 des Fünften Gesetzes zur Reform des Strafrechts vom 18. Juni 1974 (BGBl. I S. 1297), geändert durch Artikel 3 Nr. 2 des Gesetzes vom 18. Mai 1976 (BGBl. I S. 1213) für die Statistik der Schwangerschaftsabbrüche.
- Gesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 308), geändert durch Gesetz vom 16. August 1980 (BGBl. I S. 1429) für die Todesursachenstatistik.
- §§ 1, 2 und 20 der Dritten Durchführungsverordnung vom 30. März 1935

(RMBl. I S. 327) zum Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens vom 3. Juli 1934 (RGBl. I S. 531).

Vereinbarungen mit den Ländern und den auf Bundesebene bestehenden Kammern der Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte und Apotheker für die Statistik der Berufe des Gesundheitswesens.

- Beschluß des Reichsrats vom 17. September 1931 (Reichsgesundheitsblatt vom 25. November 1931 S. 741) sowie §§ 49 und 79 der Dritten Durchführungsverordnung vom 30. März 1935 (RMBl. I S. 327) zum Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens vom 3. Juli 1934 (RGBl. I S. 531). Vereinbarungen mit den Ländern für die Statistik der Krankenhäuser.



Wo wird veröffentlicht?

- Fachserie 12: Gesundheitswesen,
 - Reihe 1 Ausgewählte Zahlen für das Gesundheitswesen,
 - Reihe 2 Meldepflichtige Krankheiten,
 - Reihe 3 Schwangerschaftsabbrüche,
 - Reihe 4 Todesursachen,
 - Reihe 5 Berufe des Gesundheitswesens,
 - Reihe 6 Krankenhäuser,
 - Reihe S 2 Ausgaben für Gesundheit 1970 bis 1985,
 - Reihe S 3 Fragen zur Gesundheit (Ergebnisse des Mikrozensus).
- Bevölkerungsstruktur und Wirtschaftskraft der Bundesländer, Erscheinungsfolge: jährlich.
- Frauen in Familie, Beruf und Gesellschaft, 1987.
- Die Lebensverhältnisse älterer Menschen, 1977.
- Strukturdaten über Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland, 1983.
- Im Blickpunkt: Der Mensch, 1985.



Bildschirmtext: *48484512 #



Wo kann man Auskünfte erhalten?

Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

☎ 0 61 21/75-21 06

☎ 0 61 21/75-25 34

Sozialleistungen

Sozialleistungen sind Übertragungen bzw. Zuschüsse der öffentlichen Haushalte an die privaten Haushalte ohne entsprechende direkte wirtschaftliche Gegenleistungen. Die Statistik der Sozialleistungen hat die Aufgabe, über den Umfang der Leistungen sowie über den Personenkreis der Empfänger dieser Hilfen zu informieren. Sie stellt eine wichtige Grundlage für sozialpolitische Planungen dar.

Wie ist der Bereich abgegrenzt?

Die Sozialleistungen werden umfassend im Sozialbudget nachgewiesen, das vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (BMA), auch unter Verwendung von Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, erstellt wird. Hier werden Leistungen, Finanzierung und Institutionen dargestellt und im Sozialbericht (einschl. des dazugehörenden Materialbands) veröffentlicht. Auszüge aus dem Sozialbudget werden im Statistischen Jahrbuch präsentiert.

Die Statistik der Sozialleistungen kann in drei Unterbereiche gegliedert werden: Erstens ist die Sozialversicherung zu nennen, bei der folgende Einzelstatistiken durchgeführt werden: Die Statistik der gesetzlichen Rentenversicherungen, die Statistik der gesetzlichen Krankenversicherung, die Statistik der gesetzlichen Unfallversicherung und die Statistik der Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe. Diese Statistiken beruhen auf der Datenerfassung und -aufbereitung der Träger der Sozialversicherung und auf Zusammenstellungen des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung (BMA). Die Einnahmen und Ausgaben der Sozialversicherungsträger werden dem Statistischen Bundesamt von den Sozialleistungsträgern, von ihren Verbänden oder vom BMA mitgeteilt. Die Finanzstatistik überträgt sie in ihre Haushaltssystematik und betrachtet die Sozialversicherung damit als einen öffentlichen Haushalt. Die Einnahmen und Ausgaben der Sozialversicherung werden auch in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nachgewiesen. Angaben über die Sozialversicherungsträger werden vom Statistischen Bundesamt auszugsweise in „Wirtschaft und Statistik“ sowie im „Statistischen Jahrbuch“ veröffentlicht. Außerdem erscheint jährlich die Veröffentlichung „Versicherte in der Kranken- und Rentenversicherung“ mit Daten aus dem Mikrozensus.

Zweitens sind Statistiken über solche Sozialleistungen zu nennen, die mit dem Krieg bzw. den Kriegsfolgen zusammenhängen. Die Statistik der Kriegsopferversorgung wird vom BMA durchgeführt. Die Statistik der Kriegsgefangenenentschädigung und Häftlingshilfe sowie die Statistik über den Lastenausgleich liegen in der Hand des Bundesausgleichsamtes in Bad Homburg. Die *Statistik der Kriegsopferversorge* wird von den statistischen Ämtern der Länder und dem Statistischen Bundesamt durchgeführt.

Die dritte Gruppe der Sozialleistungen bilden die sozialen Hilfen der öffentlichen

Hand für sozial Schwächere und andere Hilfsbedürftige. Für diese Statistiken gilt ganz überwiegend der Berichtsweg „Befragte – statistische Ämter der Länder – Statistisches Bundesamt“. Im einzelnen handelt es sich um die *Statistiken der Sozialhilfe, der Jugendhilfe, des Wohngeldes, der Behinderten und der Rehabilitationsmaßnahmen*. Die Statistik über Kindergeld wird von der Bundesanstalt für Arbeit durchgeführt. Die Statistik über die Bundesausbildungsförderung wird beim Statistikbereich „Bildung“ angesprochen.

In dieser Veröffentlichung werden nur die Statistiken der Sozialleistungen näher beschrieben, an denen das Statistische Bundesamt beteiligt ist.

Was und wie wird erhoben?

Bei der *Statistik der Kriegsoferfürsorge* werden jährlich örtliche und überörtliche Träger der Kriegsoferfürsorge befragt. Erfasst werden Ausgaben und Leistungsempfänger, beide gegliedert nach Hilfearten und Empfängergruppen sowie nach laufenden und einmaligen Leistungen, ferner die Einnahmen nach Einnahmearten. Die Kriegsoferfürsorge tritt im Bedarfsfall ergänzend zur Kriegsoferversorgung mit individuellen Hilfen ein, z.B. Erholungshilfe, Wohnungshilfe.

Die Sozialhilfe hat die Aufgabe, Menschen zu helfen, die sich in Not befinden, soweit sie diese Lage nicht mit eigener Kraft bewältigen können, und denen die erforderliche Hilfe nicht von anderer Seite, z.B. nahestehenden Angehörigen, zuteil wird. Bei der *Statistik der Sozialhilfe* werden örtliche und überörtliche Träger der Sozialhilfe befragt. Die Empfänger von Sozialhilfe außerhalb von und in Einrichtungen sind nach Geschlecht, Altersgruppen, Ausländereigenschaft und Hilfearten (laufende Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt, Hilfe in besonderen Lebenslagen, z.B. Blindenhilfe, Hilfe zur Pflege) gegliedert. Die Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt sind außerdem weiter unterteilt, z.B. nach der Stellung zum Haushaltsvorstand oder der Hauptursache der Hilfestellung. Die Ausgaben der Sozialhilfe werden nach Hilfearten außerhalb von und in Einrichtungen nachgewiesen. Die Einnahmen sind nach Einnahmearten gegliedert.

Die Jugendhilfe soll neben Elternhaus und Schule durch Angebote zur allgemeinen Förderung der Jugend und der Familienerziehung sowie durch erzieherische Hilfen das Recht des Kindes auf Erziehung zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit gewährleisten. Im Rahmen der *Jugendhilfestatistik* wird jährlich über die von den Trägern der Jugendhilfe (Jugendwohlfahrtsbehörden, z.T. Träger der freien Jugendhilfe) gewährten erzieherischen Einzelhilfen, z.B. Aufsicht über Pflegekinder, Amtspflegeschäft, Amtsvormundschaft, Beratung junger Menschen in Fragen der Lebensbewältigung und von Eltern in Fragen der Erziehung, Hilfe zur Erziehung und Erziehungsbeistandschaft sowie über den Aufwand an öffentlichen Mitteln für Zwecke der Jugendhilfe, berichtet. In vierjährigem Abstand werden darüber hinaus die wichtigsten Maßnahmen auf dem Gebiet der Jugendar-

beit sowie die Einrichtungen der Jugendhilfe und die darin beschäftigten Personen von den Trägern der Jugendhilfe erfaßt. Die in der Jugendhilfe bestehenden Einrichtungen und ihre Mitarbeiter werden nach folgenden Merkmalen ausgewertet: Ort und Art der Institution, Zahl der verfügbaren Plätze, Beschäftigte nach Geschlecht, Alter, Beruf/Ausbildungsabschluß, Stellung im Beruf, Art der Tätigkeit und Arbeitsbereich.

Wohngeld wird Personen gewährt, deren Haushaltseinkommen in einem unzumutbaren Mißverhältnis zu den Aufwendungen für eine angemessene Wohnung steht. Wohngeld wird auf Antrag von Mietern als Mietzuschuß und Eigentümern von Wohnraum als Lastenzuschuß gezahlt. Die *Wohngeldstatistik* liefert vierteljährlich Eckzahlen zu den wesentlichen Entwicklungen im Wohngeld (Zahl der Wohngeldempfänger, gezahltes Wohngeldvolumen etc.). Neben dieser laufenden kurzfristigen Berichterstattung enthält die Jahresstatistik detaillierte Angaben über Anzahl, soziale Struktur und Wohnverhältnisse der Wohngeldempfänger sowie Wohnkosten, Einkommen und Wohngeldansprüche am Jahresende. Hierzu werden regelmäßig die für die Gewährung von Wohngeld zuständigen Stellen in den Ländern befragt (Auswertung der Berechnungsbogen der Bewilligungsstellen).

Behinderung bedeutet – im Unterschied zu einer akuten Krankheit oder einer Unfallverletzung mit kurzer Heildauer – eine Einschränkung der Entfaltungsmöglichkeiten für längere Zeit, möglicherweise für das ganze Leben. Eine Behinderung kann sowohl durch eine Krankheit als auch durch äußere Einflüsse, z.B. eine Kriegsverletzung oder einen Unfall, verursacht worden oder auch angeboren sein. Die *Statistik der Behinderten* wird alle zwei Jahre (erstmal 1979) durchgeführt, wobei die Versorgungsämter befragt werden. Neben der Zahl der Schwerbehinderten und ihren demographischen Merkmalen werden Art, Ursache und Grad der Behinderung erhoben.

Rehabilitation hat die Aufgabe, Behinderten und von Behinderung bedrohten Personen zu helfen, die Behinderung abzuwenden, zu beseitigen, zu bessern, ihre Verschlimmerung zu verhüten oder ihre Folgen zu mildern und den Betroffenen einen Platz in der Gesellschaft, insbesondere im Arbeitsleben, zu sichern. Bei der *Statistik der Rehabilitationsmaßnahmen* werden jährlich (erstmal 1981) die Träger der Rehabilitation (z.B. gesetzliche Krankenversicherung, gesetzliche Rentenversicherung) befragt. Erfaßt werden Angaben über berufsfördernde und medizinische Rehabilitationsmaßnahmen sowie über Leistungen zur allgemeinen sozialen Eingliederung einschließlich der demographischen Merkmale der Rehabilitanden.

Warum bzw. wofür wird erhoben?

Aufgabe der Statistiken der Kriegsopferfürsorge, der Sozialhilfe und der Jugendhilfe ist es, über den Umfang der Leistungen sowie über den Personenkreis der

Empfänger dieser Hilfen zu informieren. Nur einwandfreie statistische Angaben über diese Hilfen ermöglichen es dem Bund und den Ländern, die notwendigen Unterlagen für die weitere Planung sowie für den Erlass von Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften auf diesen Gebieten zu gewinnen. Außerdem können die finanziellen Auswirkungen von Maßnahmen auf den drei Gebieten eingeschätzt werden. Die Statistiken sind weiterhin für Angaben über Versicherungs- und Versorgungsleistungen sowie zur Erstellung von Gesamtübersichten über die sozialen Leistungen (z.B. Sozialbericht) in der Bundesrepublik Deutschland erforderlich. Damit werden auch internationale Leistungsvergleiche ermöglicht. Die Jugendhilfestatistik ist darüber hinaus notwendig, um die der Bundesregierung auferlegte Verpflichtung zu erfüllen, alle vier Jahre dem Bundestag und dem Bundesrat einen Bericht über die Lage der Jugend vorzulegen.

Das Wohngeld ist neben der direkten und der indirekten öffentlichen Förderung des Wohnungsbaus sowie dem Mietrecht ein wesentliches Instrument staatlicher Wohnungspolitik. Die Wohngeldstatistik soll einen umfassenden Überblick über die sozialen und finanziellen Auswirkungen des Wohngeldgesetzes ermöglichen und die notwendigen Unterlagen für die weitere Planung sowie für die Fortentwicklung des Wohngeldrechts bereitstellen. Die wohngeldstatistischen Daten bilden auch die Grundlage für den Wohngeldbericht, der alle zwei Jahre von der Bundesregierung zu erstellen ist.

Ziel der Behindertenstatistik ist es, Informationen für sozialpolitische Planungen bereitzustellen sowie Beurteilungsgrundlagen für die Durchführung von Maßnahmen und die Gewährung von Leistungen zugunsten des betroffenen Personenkreises zu liefern. Die Daten aus der Statistik der Rehabilitationsmaßnahmen dienen u.a. zur Beurteilung der Effizienz von Rehabilitationsmaßnahmen und bilden die Grundlage für die Planung von Rehabilitationseinrichtungen.



Welche Rechtsgrundlagen gibt es?

- Gesetz über die Durchführung von Statistiken auf dem Gebiet der Sozialhilfe, der Kriegsoferfürsorge und der Jugendhilfe vom 15. Januar 1963 (BGBl. I S. 49), zuletzt geändert durch Artikel 12 des 2. Statistikbereinigungsgesetzes vom 19. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2555).
- § 35 des Wohngeldgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Juli 1985 (BGBl. I S. 1421).
- § 53 des Schwerbehindertengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. August 1986 (BGBl. I S. 1421).



Wo wird veröffentlicht?

- Fachserie 13: Sozialleistungen,
Reihe 1 Versicherte in der Kranken- und Rentenversicherung,
Reihe 2 Sozialhilfe,
Reihe 3 Kriegsopferfürsorge,
Reihe 4 Wohngeld,
Reihe 5 Behinderte und Rehabilitationsmaßnahmen,
Reihe 6 Jugendhilfe,
Reihe S Sonderbeiträge.
- Fachserie 14: Reihe 3.5 Rechnungsergebnisse der öffentlichen Haushalte für soziale Sicherung und für Gesundheit, Sport und Erholung.
- Sozialbericht (Herausgeber: Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung),
Erscheinungsfolge: jährlich.
- Lange Reihen zur Wirtschaftsentwicklung, Erscheinungsfolge: 2jährlich.
- Bevölkerungsstruktur und Wirtschaftskraft der Bundesländer,
Erscheinungsfolge: jährlich.
- Zur Situation der Behinderten in der Bundesrepublik Deutschland, 1981.



Bildschirmtext: *48484517 #



Wo kann man Auskünfte erhalten?

Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

☎ 0 61 21/75-25 03

☎ 0 61 21/75-26 39

Finanzen

Die Finanzstatistik gibt einen umfassenden Überblick über Umfang, Struktur und Entwicklung der Finanzen und des Personals der öffentlichen Haushalte.

Wie ist der Bereich abgegrenzt?

Die Finanzstatistik erfaßt die folgenden öffentlichen Haushalte:
die Gebietskörperschaften Bund (einschl. ERP-Sondervermögen und Lastenausgleichsfonds), Länder und Gemeinden (einschl. Gemeindeverbände) sowie die

kommunalen Zweckverbände, die Sozialversicherung (einschl. Bundesanstalt für Arbeit) und Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst, die überwiegend öffentlich finanzierten Einrichtungen für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung und die Hochschulkliniken und öffentlichen Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

Die Erhebungen erstrecken sich bei diesem Berichtskreis auf die Ausgaben und Einnahmen, die Schulden und das Personal. Diese Tatbestände werden in folgenden Einzelstatistiken erhoben und aufbereitet: Einnahmen und Ausgaben in der Statistik der Haushaltswirtschaft; daneben gibt es eine Statistik über den Stand der öffentlichen Schulden und ihre Veränderung, die Personalstatistik des öffentlichen Dienstes und die Hochschulfinanzstatistik, die aus erhebungstechnischen und methodischen Gründen organisatorisch der Finanzstatistik zugeordnet ist.

Abweichend von der Regelung des Finanzstatistikgesetzes werden im folgenden die öffentlichen Unternehmen bei der Statistik der Unternehmensrechnungen und das Steueraufkommen bei der Steuerstatistik dargestellt.

Was und wie wird erhoben?

Die öffentliche Haushaltswirtschaft wird entsprechend dem Verfahren der Haushaltsplanung und -abwicklung durch folgende Statistiken dargestellt:

die *Finanzplanungsstatistik* bzw. die *Haushaltsansatzstatistik* (nur für Bund und Länder), die vierteljährliche *Kassenstatistik* und die *Rechnungsstatistik*. Die einzelnen Statistiken unterscheiden sich in Berichtskreis, Erhebungsumfang und Erhebungsbereich.

Die Finanzplanungsstatistik erfaßt die mittelfristigen Finanzplanungen der Gebietskörperschaften, und zwar für den fünfjährigen Planungszeitraum je Planjahr die Ausgaben und Einnahmen gegliedert nach Arten sowie bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden auch die Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen nach Aufgabenbereichen (Funktionen). Ergänzend hierzu werden jährlich die Haushaltspläne des Bundes und der Länder statistisch nach Ausgabe- und Einnahmearten sowie nach Aufgabenbereichen ausgewertet (Haushaltsansatzstatistik).

In der vierteljährlichen Kassenstatistik werden im Verlauf eines Jahres vierteljährlich die Ausgaben und Einnahmen der Gebietskörperschaften nach Arten und zusätzlich die Bauausgaben nach einigen ausgewählten Aufgabenbereichen ermittelt.

Der Erhebungsbereich der jährlich durchgeführten Rechnungsstatistik erstreckt sich auf alle anfangs genannten öffentlichen Haushalte. Auch der Erhebungsumfang ist bei dieser Statistik am größten: er umfaßt alle Ausgaben- und Einnahmenarten in allen Aufgabenbereichen entsprechend der kommunalen und staatlichen

Haushaltssystematik, gegliedert nach Körperschaftsgruppen (Haushaltsebenen), Ländern und Einwohnergrößenklassen der Gemeinden.

Die *Schuldenstatistik* wird in zwei Stufen durchgeführt: die vierteljährliche Schuldenstatistik erfaßt nur den Schuldenstand der Gebietskörperschaften nach ausgewählten Schuldenarten (bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden auch die Schuldenu- und -abgänge). Die jährliche Erhebung erstreckt sich auch auf die Schulden der Zweckverbände, der öffentlichen Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen sowie der Einrichtungen für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung. Neben dem Schuldenstand zum Jahresende werden hier auch alle Schuldenu- und abgänge im Laufe eines Jahres nach Schuld- bzw. Gläubigerarten, die Laufzeiten der Schulden und das Jahr der Fälligkeit der Kreditmarktmittel dargestellt.

In der *Hochschulfinanzstatistik* werden jährlich die Ausgaben und Einnahmen der Hochschulen (einschl. Hochschulkliniken) nach Arten sowie Fächergruppen/Studienbereichen und Hochschularten erfragt.

Das Personal des öffentlichen Dienstes wird durch eine *Personalstandstatistik*, eine *Personalwechselstatistik* und eine *Versorgungsempfängerstatistik* erfaßt.

Die Personalstandstatistik erstreckt sich auf alle öffentlichen Haushalte einschl. Deutsche Bundesbahn und Deutsche Bundespost. Die Befragung erfolgt jährlich (Stichtag 30. Juni) mit dem umfassenden Merkmalskatalog. Die Beschäftigten werden nach Art, Umfang und Dauer des Dienstverhältnisses, Aufgabenbereichen, Geschlecht, Laufbahngruppe, Einstufung und Alter nachgewiesen.

Die Personalwechselstatistik, die alle sechs Jahre durchgeführt wird, ermittelt die Personalzu- und -abgänge für die Dauer eines Jahres nach Geschlecht, Dienstverhältnis, Laufbahngruppe sowie nach ausgewählten Gründen des Personalwechsels.

Die Versorgungsempfängerstatistik erfolgt jährlich (Stichtag 1. Februar). Dreijährlich und sechsjährlich wird sie mit erweiterter Fragestellung durchgeführt. Jährlich werden die Empfänger von Versorgungsbezügen aufgrund der beamtenrechtlichen Vorschriften von Bund und Ländern nach Dienstverhältnis und der Art der Versorgungsbezüge erhoben, in jedem dritten Jahr wird zusätzlich die für die Zahlung der Versorgungsbezüge maßgebende Besoldungsgruppe erfaßt und alle sechs Jahre werden die Versorgungsempfänger des kommunalen Bereichs nachgewiesen.

Bei den Finanzstatistiken handelt es sich in der Regel um Sekundärstatistiken, da die Daten nicht speziell für die Statistik ermittelt werden müssen, sondern im Rahmen des Verwaltungsvollzugs anfallen. So werden bei den befragten Behörden vorhandene Verwaltungsunterlagen entweder direkt vollständig – meistens auf elektronischem Datenträger – für die Statistik übernommen oder die Daten lediglich in den vorgegebenen statistischen Rahmen übertragen.

Warum bzw. wofür wird erhoben?

Die Finanzstatistik hat die Aufgabe, regelmäßig einen umfassenden und detaillierten Überblick über die öffentliche Wirtschaft zu geben. Sie unterrichtet über:

- a) den Umfang und die Struktur der öffentlichen Finanzwirtschaft, indem sie die Einzeldaten der verschiedenen Träger öffentlicher Aufgaben nach einheitlicher Gliederung zum öffentlichen Gesamthaushalt zusammenstellt und dabei auch die Zahlungsströme zwischen den Körperschaften (z.B. Abwicklung des horizontalen und vertikalen Finanzausgleichs) aufzeigt;
- b) die Bedeutung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben im Rahmen der Volkswirtschaft, indem sie das erforderliche Zahlenmaterial für die Darstellung des Bereiches „Staat“ für die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bereitstellt;
- c) die Bedeutung des öffentlichen Gesamthaushalts im internationalen Vergleich, sowohl insgesamt als auch für spezielle Einzelaufgaben des Staates.

Aktuelle Zahlen über die öffentlichen Haushaltsplanungen sind für verschiedene Berichte des Bundes an die EG und OECD, zur Konjunkturbeobachtung und für konjunkturpolitische Maßnahmen unentbehrlich. Finanzstatistische Daten über die mittelfristigen Finanzplanungen von Bund, Ländern und Gemeinden sollen insbesondere die im Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft verankerte konjunktur- und wirtschaftspolitische Funktion der öffentlichen Finanzwirtschaft unterstützen helfen.

Die vierteljährliche Kassenstatistik dient der schnellen Unterrichtung der politischen Entscheidungsträger, der kommunalen Spitzenverbände und der Öffentlichkeit über die wichtigsten staatlichen und kommunalen Einnahmen und Ausgaben im Laufe eines Jahres. Die Rechnungsstatistik stellt die Einnahmen und Ausgaben aller öffentlichen Haushalte in möglichst tiefer Gliederung nach den verschiedenen Aufgabenfeldern der staatlichen und kommunalen Tätigkeit dar.

Auch die Informationen über die öffentlichen Schulden werden für finanz- und kreditpolitische Zwecke benötigt.

Die Hochschulfinanzstatistik soll vor allem der Bildungs- und Wissenschaftsplanung eingehende Kenntnis der finanziellen Strukturen und Entwicklungen im Bildungs-, Hochschul- und Wissenschaftsbereich vermitteln.

Da der Personalaufwand unter den öffentlichen Ausgaben eine wichtige Rolle spielt, ist ein Einblick in die Beschäftigtenstruktur des öffentlichen Dienstes z.B. zur Beurteilung von Maßnahmen auf dem Gebiet des Dienst-, Besoldungs- bzw. Tarifrechts unerlässlich. Insbesondere für Zwecke globaler personalwirtschaftlicher Planungen werden die Beschäftigten auch nach dem Alter erfaßt. Die Daten der Personalfuktuation sind ebenfalls für personalpolitische Entscheidungen und Planungen bedeutsam.



Welche Rechtsgrundlagen gibt es?

- Gesetz über die Finanzstatistik in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Juni 1980 (BGBl. I S. 673), geändert durch 2. Statistikbereinigungsgesetz vom 19. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2555).
- Gesetz über eine Bundesstatistik für das Hochschulwesen (Hochschulstatistikgesetz – HStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. April 1980 (BGBl. I S. 453).



Wo wird veröffentlicht?

- Fachserie 14: Finanzen und Steuern,
Reihe 2 bis 3: Finanzen,
Reihe 5: Schulden,
Reihe 6: Personal des öffentlichen Dienstes.
- Fachserie 11: Bildung und Kultur,
Reihe 4.5: Finanzen der Hochschulen.
- Wirtschaft und Statistik 10/1984, S. 835 ff.,
H. Essig: Erfassungs- und Auswertungsprogramm der Finanzstatistik.
- Arbeitsmaterialien zur Finanzstatistik (Arbeitsunterlage, erhältlich beim Statistischen Bundesamt).



Bildschirmtext: *48484516 #



Wo kann man Auskünfte erhalten?

Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

- ☎ 061 21/75-28 79 (Öffentlicher Gesamthaushalt: Ausgaben, Einnahmen, Schulden)
- ☎ 061 21/75-22 52 (Staatliche Haushalte)
- ☎ 061 21/75-27 01 (Kommunale Haushalte)
- ☎ 061 21/75-25 81 (Hochschulfinanzen)
- ☎ 061 21/75-25 48 (Personal)

Steuern

Die Steuerstatistiken berichten in erster Linie über die Wirkungsweise der Besteuerung. Darüber hinaus werden über die Größenordnung und Struktur der steuerlichen Bemessungsgrundlagen auch Angaben über die gesellschaftliche und wirtschaftliche Situation und ihre Entwicklung geliefert.

Wie ist der Bereich abgegrenzt?

Nach Rechtsgrundlage, Periodizität, Verfahren und Aufgabenstellung lassen sich die steuerstatistischen Erhebungen in drei Bereiche einteilen:

- Die *Statistik der Steuereinnahmen* (bzw. des Steuerhaushalts), die rechtlich auf dem Finanzstatistikgesetz beruht. Mit ihr werden in kurzfristigem Turnus Daten für die laufende Beobachtung der Aufkommensentwicklung der staatlichen und kommunalen Steuern beschafft.

Im Rahmen des Finanzstatistikgesetzes wird auch die Statistik über den Realsteuervergleich durchgeführt; sie ermöglicht jährliche Vergleiche der Steuerkraft der Gemeinden.

- Die *Statistiken der Steuerbemessungsgrundlagen*, die aus verschiedenen Einzelerhebungen bestehen (Bemessungsgrundlagen sind steuerlich ermittelte Einkommen, Vermögen, Umsätze). Diese basieren auf gemeinsamer Rechtsgrundlage (Gesetz über Steuerstatistiken) und werden dezentral in mehrjährigen Abständen durchgeführt. Sie werden oft als amtliche Steuerstatistik im engeren Sinne gesehen.

Zwei besondere, weil nicht statistische Aufgaben, fallen der amtlichen Steuerstatistik zusätzlich zu: im Rahmen der Bundesstatistiken über die Lohn- und Einkommensteuer sind gemäß Gesetz über die Steuerstatistiken die nicht von den Wohnsitzländern vereinnahmten Lohnsteuer-Zerlegungsbeträge und die Gemeindeanteile an der Lohn- und Einkommensteuer zu berechnen.

- Die *Statistiken der Verbrauchsteuern*, die in kurzfristigen Abständen vom Statistischen Bundesamt zentral erhoben bzw. veröffentlicht werden. Als Geschäftsstatistiken des Bundesfinanzministeriums basieren sie rechtlich z.T. auf Steuergesetzen, z.T. nur auf Verwaltungsanweisungen des Bundesministers der Finanzen; ihre Durchführung ist dem Statistischen Bundesamt durch das Bundesstatistikgesetz übertragen.

Steuern sind auch außerhalb der Steuerstatistik in anderen Statistikbereichen als Erhebungsmerkmal vorhanden. In der Finanzstatistik sind die Steuern als Einnahmeart der öffentlichen Haushalte enthalten. In den Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte kommen die Steuern als Ausgabeart der Haushalte vor. In der Kostenstrukturstatistik werden die Steuern als Kostenfaktor der Unternehmen und Betriebe erhoben. Die in der Steuerstatistik gesammelten Zahlen gehen auch in die Volks-

wirtschaftlichen Gesamtrechnungen ein. Hier werden die Steuern in indirekte Steuern (z.B. Verbrauchsteuern) und direkte Steuern (z.B. Lohn-, veranlagte Einkommen-, Körperschaftsteuer) unterteilt.

Was und wie wird erhoben?

Gegenstand der *Statistik der Steuereinnahmen* sind die Einnahmen aus Steuern und Zöllen der Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden) nach den Steuerarten und ihre Verteilung. Damit stehen für Bund und Länder monatlich (über Meldungen der Finanzhauptkassen), für die Gemeinden und Gemeindeverbände vierteljährlich (aufgrund der Gemeindefinanzstatistik) jeweils neueste Zahlen über das kassenmäßige Steueraufkommen der abgelaufenen Rechnungsperiode zur Verfügung, sowohl vor als auch nach der Verteilung auf die Steuerempfänger. Diese Zahlen werden auch regelmäßig zu Jahresergebnissen zusammengefaßt. „Kassenmäßig“ heißt, daß reine „Ist-Zahlen“ ausgewiesen werden, d.h. vereinnahmte Beträge (z.B. Vorauszahlungen, Abschlußzahlungen, Säumniszuschläge), oder ausgezahlte bzw. verrechnete Beträge (z.B. Lohnsteuer-Jahresausgleich bzw. Sparzulage), ohne periodengerechte Abgrenzung nach dem Zeitabschnitt des Entstehens der Steuerschuld.

Die Erhebungen, die an die steuerlichen Bemessungsgrundlagen „Einkommen, Vermögen und Umsatz“ anknüpfen, umfassen grundsätzlich das Gesamtergebnis der Veranlagung, Voranmeldung oder Hauptfeststellung in dem für die Besteuerung der Steuerpflichtigen jeweils maßgebenden Zeitraum. Sie werden z.Z. in regelmäßigen Abständen durchgeführt (Umsatzsteuer alle 2 Jahre, Lohn-, Einkommen-, Körperschaft- und Vermögensteuer sowie Einheitswerte der gewerblichen Betriebe alle 3 Jahre, Einheitswerte der Mineralgewinnungsrechte alle 6 Jahre). Statistiken über die Einheitswerte des Grundbesitzes folgen, wie auch die übrigen Einheitswertstatistiken, dem Turnus der jeweiligen Hauptfeststellungen. Für den Grundbesitz (land- und forstwirtschaftliches Vermögen sowie Grundvermögen) sind diese Hauptfeststellungen nach dem letzten Stichtag 1.1.1964 ausgesetzt worden.

Zu den Statistiken über die Steuern vom Einkommen rechnen die *Lohnsteuerstatistik*, die *Einkommensteuerstatistik* und die *Körperschaftsteuerstatistik*. In der Lohnsteuerstatistik wird grundsätzlich jeder lohnsteuerpflichtige Arbeitnehmer erfaßt, für den eine Lohnsteuerkarte mit eingetragenem Bruttolohn vorliegt. Außer dem Bruttolohn werden unter anderem folgende Tatbestände erhoben: Lohnsteuer nach Steuerklassen, Bruttolohngruppen, Anzahl der Kinder und Geschlecht. Erhebungseinheit der Einkommensteuerstatistik ist jede zur Abgabe einer Steuererklärung verpflichtete natürliche Person mit ihrem Einkommen, deren Veranlagung zur Erteilung eines Einkommensteuerbescheides führt. Eckdaten der statistischen Erfassung sind die im Rechengang des Veranlagungsverfahrens ermittelten Einkommensgrößen, z.B. Einkünfte, festgesetzte Einkommensteuer nach Größenklassen des

Einkommens, Sonderausgaben. Außerdem werden in der Einkommensteuerstatistik auch noch die nichteinkommensteuerpflichtigen Personengesellschaften/Gemeinschaften mit ihren Einkünften, die – nach gesonderter/einheitlicher Gewinnfeststellung verteilt auf die jeweiligen Beteiligten – im Rahmen deren Einkommensteuerveranlagung der Besteuerung unterliegen. In die Körperschaftsteuerstatistik geht jeder Körperschaftsteuerpflichtige ein, d.h. jede mit Einkommen bzw. Verlust veranlagte Körperschaft, Personenvereinigung und Vermögensmasse aufgrund eines erteilten Körperschaftsteuerbescheides. Das Erhebungsprogramm besteht unter anderem aus dem Gesamtbetrag der Einkünfte, Einkommen und Steuerschuld, aufgegliedert nach bestimmten Merkmalen, z.B. der Rechtsform, Größenklasse des Gesamtbetrags der Einkünfte, Körperschaftsart.

Zu den Statistiken über die Vermögensbesteuerung gehören die *Vermögensteuerstatistik* und die *Einheitswertstatistiken*. Erhebungseinheit der Vermögensteuerstatistik ist jeder Vermögensteuerpflichtige, der einen Vermögensteuerbescheid erhält. Dabei werden Merkmale wie Vermögensarten, Schulden, Gesamtvermögen, Freibeträge in sozialer Gliederung nach Vermögensgruppen erhoben. Den Einheitswertstatistiken liegen die Hauptfeststellungsbescheide der Einheitswerte zugrunde. Einheitswerte werden für gewerbliche Betriebe, für Mineralgewinnungsrechte und für Grundbesitz zu steuerlichen Zwecken von der Finanzverwaltung in einem gesonderten Verfahren festgestellt. Für eine Reihe von Steuern sowie für verschiedene öffentliche Abgaben und Beiträge dienen sie als einheitliche Bemessungsgrundlage. In der Einheitswertstatistik der gewerblichen Betriebe sind alle Unternehmen mit ihrem Anlage-, Umlauf- und Rohbetriebsvermögen sowie Schulden und sonstigen Abzügen erfaßt, sofern der Einheitswert 1 000 DM und mehr beträgt. Die Statistik ist nach Einheitswertgrößenklassen, Rechtsformen und Wirtschaftszweigen gegliedert. Die übrigen Einheitswertstatistiken weisen das Einheitswertvolumen nach weiteren jeweils typischen Gliederungsmerkmalen wie Bodenschatzart (Mineralgewinnungsrechte), Grundstücksart (Grundvermögen), Nutzungsart (land- und forstwirtschaftliches Vermögen) nach.

Erhebungseinheit der *Umsatzsteuerstatistik* ist der Umsatzsteuerpflichtige, d.h. das Unternehmen, für das der Unternehmer eine monatliche oder vierteljährliche Umsatzsteuer-Voranmeldung abgegeben hat. Unternehmer mit Jahresumsätzen unter 20 000,- DM und Jahreszahler werden nicht in die Statistik mit einbezogen. Bemessungsgrundlage für die Umsatzsteuer sind grundsätzlich die vereinbarten Entgelte (Sollbesteuerung). Hauptmerkmale der Erhebung sind die Anzahl der Steuerpflichtigen, der steuerbare Umsatz (steuerpflichtiger und steuerfreier Umsatz) und die Umsatzsteuer-Vorauszahlung, jeweils unterteilt nach Umsatzgrößenklassen, Wirtschaftszweigen und Rechtsformen.

Das Gesamtprogramm der *Verbrauchersteuerstatistiken* umfaßt im Jahresrhythmus (zum Teil mit monatlicher/vierteljährlicher Erhebung) die Bundesergebnisse folgen-

der, hier nach der Rangfolge der Aufkommenshöhe angeführter Steuerarten: der Mineralölsteuer, der Tabaksteuer, des Branntweinmonopols, der Biersteuer, der Schaumweinsteuer sowie der Zucker- und Salzsteuer. Hauptmerkmale der Erfassung sind unter anderem steuerpflichtige Betriebe, versteuerte und steuerfreie Erzeugnisse, versteuerte Mengen nach Steuersätzen, zum Teil Rohstoffverbrauch, Produktion, Steuervergütungen und Steuersoll. Das Zahlenmaterial kann nach Betriebsarten, Erzeugnisarten, Verwendungszwecken und Preisklassen, Betriebs- und Absatzgrößenklassen gegliedert werden.

Die Steuerstatistik ist eine Sekundärstatistik, d.h. die Erfassung und Aufbereitung der steuerlichen Daten beruht auf Verwaltungsunterlagen der öffentlichen Finanzwirtschaft. Demzufolge sind Erhebungseinheiten und -merkmale steuerlich definiert und abgegrenzt, ihre Erhebungsprogramme weitgehend vom Inhalt der amtlichen Vordrucke und den Modalitäten des Besteuerungsverfahrens bestimmt. Der Vorzug dieses Konzepts liegt darin, daß ohne direkte und zusätzliche Inanspruchnahme der Steuerpflichtigen – selbstverständlich unter strikter Wahrung des Steuergeheimnisses – eine Fülle von Daten über die aus fiskalischer und steuerpolitischer Sicht relevanten Tatbestände gewonnen wird.

Warum bzw. wofür wird erhoben?

Den Steuerstatistiken fällt insgesamt gesehen eine doppelte Aufgabe zu. Im Vordergrund des Interesses steht zunächst der Bedarf an tief gegliedertem statistischem Material über die Bemessungsgrundlagen und die Ergebnisse der Besteuerung, das vom Gesetzgeber, der Verwaltung und allen anderen an der Gestaltung des Steuersystems beteiligten Stellen benötigt wird. Es wird gebraucht, um die Auswirkungen der Besteuerung in ihren vielfältigen Formen zu beurteilen und Ansatzpunkte für Reformen (z.B. Einführung des Mehrwertsteuersystems, Gemeindefinanzreform) zu erkennen. Maßgebend für die Gestaltung der Steuerstatistiken sind primär finanzwissenschaftliche und steuerrechtliche Überlegungen. Daneben bilden die Steuerstatistiken eine wichtige Materialquelle für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und andere gesamtwirtschaftliche Analysen und Prognosen (z.B. für die laufende Steuervorausschätzung). Das erklärt sich daraus, daß die Steuersysteme bei dem großen Finanzbedarf des modernen Staates eine breite Basis haben müssen und die Besteuerung daher primär an ökonomischen Tatbeständen ansetzt, die die Ergebnisse der wirtschaftlichen Leistungserstellung möglichst umfassend wiedergeben und daher gleichzeitig die wesentlichen Aggregate des Wirtschaftskreislaufs repräsentieren.

Die Ergebnisse der einzelnen Steuerstatistiken finden wie folgt Verwendung: Die laufende Beobachtung der Entwicklung der Steuereinnahmen nach Arten ist zur Überprüfung der Lastenwirkung und der allmählich sich vollziehenden Wandlungen des Steuersystems unentbehrlich.

Die Steuern vom Einkommen werden als Personensteuer dem Steuerpflichtigen mehr als alle anderen Steuern bewußt und beeinflussen dadurch neben seinem wirtschaftlichen Verhalten auch seine Einstellung zum Staat. Es ist daher erforderlich, gerade bei diesen Steuern ihre zeitgemäße Einordnung in das Steuersystem und ihre Auswirkung auf die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Steuerpflichtigen ständig zu beobachten. Neben der Steuerpolitik ist an den Ergebnissen die Wirtschafts- und Sozialpolitik besonders interessiert, weil das Einkommen ein prägnanter Ausdruck des Wirtschaftserfolges ist. Auf die finanzpolitischen Aufgaben (Berechnung der Lohnsteuer-Zerlegungsbeträge und des Gemeindeanteils an der Lohn- und Einkommensteuer) wurde bereits eingangs hingewiesen.

Die Vermögensteuerstatistik liefert für Betrachtungen größerer Vermögen und der Vermögenskonzentration wichtiges Grundmaterial. Aus den Einheitswertstatistiken lassen sich Strukturdaten über die Zusammensetzung der wirtschaftlichen Einheiten gewinnen. Ihre Ergebnisse sind auch unentbehrlich zur Beurteilung von finanz- und steuerpolitischen Fragen auf dem Gebiet des Vermögensteuer- und Bewertungsrechts.

Die Umsatzsteuerstatistik bietet neben den für die Steuerpolitik wichtigen Informationen über die Wirkungsweise des Mehrwertsteuersystems im Produktions- und Verteilungsprozeß nach Wirtschaftszweigen – z.T. in Kombination mit Rechtsformen und Umsatzgrößenklassen – tief gegliederte Angaben, die je nach Bedarf zu weiterführenden wirtschaftsstatistischen und branchenspezifischen Analysen verwendet werden können.

Das Aufkommen an Verbrauchsteuern macht im Durchschnitt etwa ein Viertel des Steuerhaushalts des Bundes aus. Insbesondere die haushaltsmäßige Bedeutung bestimmter Verbrauchsteuern macht es erforderlich, nicht nur die Entwicklung des kassenmäßigen Aufkommens, sondern auch die Veränderungen der Besteuerungsgrundlagen im Wirtschaftsprozess laufend zu verfolgen. Die Verbrauchsteuerstatistiken sind daher im wesentlichen auf den Bedarf der Finanzressorts zugeschnitten.



Welche Rechtsgrundlagen gibt es?

- Gesetz über die Finanzstatistik in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Juni 1980 (BGBl. I S. 673) für die Statistik der Steuereinnahmen, zuletzt geändert durch Artikel 4 des 2. Statistikbereinigungsgesetzes vom 19. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2555).
- Gesetz über die Steuerstatistiken vom 6. Dezember 1966 (BGBl. I S. 665), zuletzt geändert durch Artikel 3 des 2. Statistikbereinigungsgesetzes vom 19. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2555).

- Mineralölsteuergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Oktober 1978 (BGBl. I S. 1669), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. Dezember 1985 (BGBl. I S. 2142).
- Tabaksteuergesetz (TabStG 1980) vom 13. Dezember 1979 (BGBl. I S. 2118), geändert durch Gesetz vom 22. Dezember 1981 (BGBl. I S. 1562), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 6. Dezember 1987 (BGBl. I S. 2672).

Die übrigen Verbrauchsteuerstatistiken werden aufgrund von Verwaltungsanweisungen des Bundesministeriums der Finanzen erstellt.



Wo wird veröffentlicht?

- Fachserie 14: Finanzen und Steuern,
Reihe 4 Steuerhaushalt,
Reihe 7 Einkommen- und Vermögensteuern,
Reihe 8 Umsatzsteuer,
Reihe 9 Verbrauchsteuern,
Reihe 10 Realsteuern.



Bildschirmtext: *48484516 #



Wo kann man Auskünfte erhalten?

Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

- ☎ 061 21/75-25 53 (Steuereinnahmen, Realsteuervergleich,
Umsatz- und Verbrauchsteuern)
- ☎ 061 21/75-25 61 (Einkommensteuern)
- ☎ 061 21/75-25 75 (Vermögensteuer, Einheitswerte)